

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Verammlungs-, Zirkels- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 12.

Dienstag, den 15. Januar 1918.

25. Jahrg.

## Wenn sie heimkehren.

Mit welchen Ansprüchen und Bedürfnissen, in welcher körperlichen und seelischen Verfassung werden unsere Feldgrauen dereinst in die Heimat zurückkehren? Auf sie, die den besten und leistungsfähigsten Teil der produzierenden und konsumierenden Masse unseres Volkes darstellen, muß bei der Organisation der Uebergangswirtschaft in erster Linie Rücksicht genommen werden. Es verlohnt sich daher, einmal die Frage, wie unsere Feldgrauen zurückkommen werden, zu erörtern.

Natürlich läßt sich darauf keine einfache und ganz einheitliche Antwort geben. Die Millionen, die draußen stehen, gehören allen Schichten des Volkes an, die in Lebensauffassung und Lebensführung mehr oder weniger stark voneinander unterschieden waren und auch während des Krieges voneinander unterschieden geblieben sind. Mit dem geistigen Stempel seiner Schicht versehen, zog jeder hinaus; mit ihm kehrt er auch wieder zurück. Aber freilich, an vielen Stellen wird dieser Stempel doch verwischt sein. Die gewaltigen gemeinsamen Erlebnisse, die vieljährige Leidens- und Kampfgenossenschaft haben allen da draußen auch gemeinsame Züge körperlicher und geistiger Art aufgeprägt. Nur von diesen der Mehrzahl der Zurückkehrenden gemeinsamen Zügen kann im nachstehenden die Rede sein. Gerade sie aber sind es auch, die für die Aufgaben der Uebergangswirtschaft in Betracht kommen.

Da ist nun zunächst das eine zu sagen: Unsere Feldgrauen werden alle sehr ruhebedürftig, aber zugleich auch sehr

### hungrig nach ihrer alten Berufsarbeit

in die Heimat zurückkehren. Schon oft ist die Befürchtung laut geworden, daß die lange Dauer des Krieges einen großen Teil der kämpfenden zur Friedensarbeit untauglich gemacht, viele überhaupt jeder Arbeit entwöhnt hat. Nichts ist falscher als das. Wenn der moderne Krieg eine Charakterisierung verdient, so ist es die, daß er ein Arbeitskrieg ist. Krieg ist heute Arbeit. Unaufhörlich, mit Dargabe der letzten Kräfte, muß draußen Sonntags wie wochentags gearbeitet werden.

Das gilt in gleicher Weise für den Feldmarschall wie für den Mann im Graben, für Trainspahrer, Junker und Schiffsjungen; und gilt ebenso von den Weibern, die die Leute „in Stellung“, wie wo sie „in Ruhe“ sind. Im Verhältnis zu dieser unaufhörlichen Arbeit ist eigentliches Kämpfen nur eine Seltenheit.

Der Arbeit entwöhnt, kehren unsere Feldgrauen also wahrlich nicht nach Hause zurück. Vielmehr so sehr von ihr und allen Entbehrungsmühsalen bedrückt, daß ein tiefes Ruhebedürfnis sie erfüllt wird. Erst einmal wieder schlafen, schlafen und ausruhen! Das wird das elementare Bedürfnis der allermeisten unter ihnen sein.

### Es wird daher die Aufgabe des Vaterlandes sein, allen diese Ruhe- und Erholungspause

zu ermöglichen. Das muß geradezu die erste Form des Dankes bilden, den das ganze Volk seinen Verteidigern abstatet. Man ist sich an allen zuständigen Stellen darüber klar, daß nach dem völligen Zusammenbruch unseres ehemaligen Wirtschaftslebens aus der Friedenszeit her die sofortige und gleichzeitige Wiedereinstellung aller Kämpfer in den Wirtschaftsbetrieben der Nation eine Unmöglichkeit ist. Deshalb ist beschloffen, immer nur diejenigen, die Arbeit nachweisen können oder denen Arbeit angewiesen werden kann, aus dem Heeresdienste zu entlassen, die übrigen aber so lange unter den Fahnen zurückzubehalten, bis auch sie wieder Platz im Wirtschaftsprozess gefunden haben.

Aber es muß noch sehr überlegt werden, ob dieser an sich gutgemeinte Beschluß aufrechtzuerhalten ist. Wer, namentlich als schon älterer Mann, jahrelang den Feldgrauen Rod getragen, sehnt sich, auch wenn er es freudig getan, inbrünstig danach, ihn endlich so rasch wie möglich auszuscheiden.

Dazu kommt, daß Soldat sein stets heißt Dienst tun. Die ruhebedürftigen Kämpfer finden also, in der Kaserne zurückgehalten, nicht die Erholung, auf die sie Anspruch haben. Daher sollte man sofort alle entlassen, die man rein militärisch entbehren kann. Auch der Soldat unter den Fahnen kostet ja Geld. Man sollte diese Summen vielmehr benutzen, um mit ihnen eine

### Arbeitslosenversicherung einzuführen,

auf die jeder aus dem Heer Entlassene Anspruch hat, bis er Arbeit findet. Daß er sie findet, so rasch wie möglich, und in seinem alten Berufe wieder findet, dazu muß ihm eine geschäftig über das ganze Reich organisierte Arbeitsvermittlung helfen. Die Zwischenzeit aber zwischen Entlassung aus dem Heer und Wiederaufnahme der Arbeit soll man jedem Feldgrauen als reichlich verbiente Erholungszeit von ganzem Herzen gönnen.

Zweitens: Die Kämpfer werden alle mehr oder weniger in ihrer Gesundheit geschwächt, krankheitsge-

fährdet, ja zu einem Teile schon mit deutlich erkennbaren oder doch verborgenen in ihnen schlummernden

### Krankheiten behaftet

heimkehren. Freilich, auch ein Gegenteil davon ist richtig. Viele, die mit allerhand Gebrechen hinausgezogen, kommen von diesen befreit zurück. Das gilt namentlich von all den körperlichen Uebeln, die eine sitzende, oder doch in geschlossenen Räumen zu leistende Beschäftigung mit sich brachte: von Magenleiden, Nervosität, Blutarmut, Fettleucht und ähnlichen schönen Dingen. Die rein animalische Existenz draußen erlöste Tausende von Männern von Duzenden solcher Kulturbeschwerden.

Aber dafür tauschten sie andere und viel bittere Dinge ein. Die schweren ununterbrochenen Anstrengungen, verbunden mit verminderter Ernährung, schwächten die Körper und machten sie, vielleicht für alle Zeiten, gegen

### Krankheitsgifte widerstandsunfähiger.

Wer in den Schlammhöfen Flanderns hausten, auf den Karpatenhöhen den Winter durchhalten, zwei oder drei russische Winter an der Düna über sich ergehen lassen mußte, weiß, daß er sein Leben lang Rheumatismus nicht wieder ganz los werden wird. Ohren-, Lungen- und Darmkrankheiten bleiben vielen auf lange hinaus hartnäckige Andenken an die Feldzeit. Die alte, ungeborene Lebenskraft, die Bäume austreiben konnte, ist bei vielen für immer dahin. Noch unerkannt bei der Entlassung lauern in manchem Krankheitskeim, die vielleicht erst später einmal, wenn der Kampf ums Dasein von neuem ihn in seine Strudel riß, zum Ausbruch kommen werden.

Da entsteht die Frage, wie man allen diesen Gefahren begegnen will? Es ist unmöglich, wieder so zu verfahren, wie es nach 1866 und 1870/71 geschah: daß, wenn bei der Entlassung aus dem Heere der Mann als Nichttaugliche festgestellt war, er jeglichen Anspruch auf spätere Versorgung in Krankheit verlor, nachdem eine Zwischenfrist verfloßen war, ohne daß er während dieser Zeit von dem Rechte der Reklamation Gebrauch gemacht hätte. Wer draußen war, muß vielmehr Zeit seines Lebens Sicherheit haben, auch vor den späteren Nachwirkungen dieses Weltkrieges, im Verhältnis zu dem die Kriege von 1866 und 1870 ja Kinderpiele waren, geschützt zu werden. Ungesichert dessen bleibt aber nichts, wie eine gründliche Revision unserer gesamten Kranken-, Alters- und Invalidenversicherung übrig, mit dem Ziele, diese Versicherungen auf viel weitere Kreise als bisher, eigentlich auf die Gesamtheit der Nation, auszudehnen, und sie in eine Verstaatlichung des ganzen Sanitätswesens ausmünden zu lassen. Auch das ist die Nation ebensowohl sich wie ihren Feldgrauen schuldig.

### Drittens: Es werden unsere Feldgrauen auch eine gesteigerte Familiengründung

aus dem Felde mit nach Hause bringen. Die Sehnsucht nach Weib und Kind, nach Eltern und Geschwistern ist draußen in beinahe allen Kriegerherzen oft bis zur Unhillbarkeit groß. Die Segnungen des Zuhause lernte schließlich jeder, auch der Hartangelegte, doppelt und dreifach schätzen, dem jahrelang zerschossenes Feindesland die Heimat, Kameraden die Familie ersetzen mußten. In hellem Lichte, fast verklärt, steht jeder je nach Temperament in stillen Stunden seine Lieben daheim. Nach ihnen steht tausendfältig sein Sinn.

Ob, wenn sie zurückgekehrt sein werden, alle bei den Eltern auch das finden werden, was sie draußen von ihnen erträumt, steht freilich dahin. Die furchtbare Hand des Krieges wird vielfach schmerzliche Wunden auch in solche Familien schlagen, in denen keiner fiel, keiner zum Krüppel geschossen wird, wo Gatte, Vater, Sohn, Bruder vielmehr unverleht heimkehrten. Denn auch in den Jahren der Entfernung voneinander stand die innere, geistige Entwicklung, z. B. der Gatten, nicht stille. Über getrennt voneinander, vollzog sie sich auch ebenso unbeflügelt durch einander und darum auch oft im Gegensatz zu einander. Als ganz andere werden sich am Tage des Friedensschlusses manche Ehegatten wieder in die Arme schließen, als damals wo die Kriegserklärung sie auseinanderriß. Anstatt des erhofften vertieften Glückes wird in solchen Fällen ein Gegenteil davon ihr Los sein.

Doch das sind innere Schicksale, die die Volksgemeinschaft weder verschuldet hat, noch zu mildern vermag. Dagegen hat sie für ein anderes unbedingt zu sorgen: daß überall da, wo die seelischen Voraussetzungen zur Fortsetzung eines vertieften und innerlich bereicherten Familienlebens gegeben sind — und das wird hoffentlich bei der Mehrzahl der Heimkehrten der Fall sein —, diese nicht durch Wohnungsnot

wieder zunichte gemacht werden. Mit der Vorstellung seines Familienlebens nach dem Kriege ist für jeden Krieger draußen der heilige Wunsch verbunden, dieses neue Leben in einem lichten, gesunden, sauberen und behaglichen Heim mit den Seinen leben und für sie schaffen zu dürfen. Dieser Drang nach einer besseren Wohnung, als man sie vor dem

Kriege hatte haben können, ist während des Krieges oft leidenschaftlich heiß dokumentiert worden. Es wäre geradezu ein Verbrechen an den Kämpfern, würden sie in dieser ihrer Erwartung getäuscht.

Schon aber mehrten sich die Anzeichen dafür, daß es so kommen kann. In vielen Städten ist infolge des Stillstandes jeglicher Wohnungsproduktion während des Krieges jahre bereits ein harter Wohnungsmangel eingetreten. Es ist schon heute geschehen, daß auf Urlaub heimkehrende Soldaten ihre Familie obdachlos auf der Straße fanden. Was aber heute noch Einzelerscheinung ist, kann übers Jahr bereits Massenerscheinung werden.

Wie berechtigt diese Befürchtung ist, geht aus einer Anweisung preussischer Minister an ihre nachgeordneten Behörden und an die Gemeinden hervor. Sie verlangt neben unfaßender Aufnahme einer Wohnungsstatistik schleunigste Herrichtung von Notwohnungen in Kellern, Dachgeschossen, unermietbaren Läden, leer stehenden Sälen und Schulen, sowie unter Umständen die Errichtung von Wohnbaracken. Wir erklären diese Maßnahmen, so gut sie gemeint sind, für gänzlich unzureichend, ja verhängnisvoll. Darum haben die Feldgrauen ihr Vaterland nicht jahrelang mit Leib und Leben vor dem zerstörenden Wüten der Kriegsurie geschützt, daß sie ihre elende Existenz in Unsterblichkeit und zerschossenen Häusern nach dem Kriege daheim mit Weib und Kind in wenig besseren Räumen fortsetzen sollen! Wir brauchen für unsere Feldgrauen, die mit gesteigertem Familienstolz heimkehren werden,

### schöne, begünstigte Wohngelegenheit.

Dazu ist die sofortige Aufnahme einer planmäßig solche Gelegenheit schaffenden Wohnungspolitik unumgänglich. Schwer verständigigt sich an unseren Feldgrauen Brüdern, wer es unterläßt, auch nur einem von ihnen bei seiner Rückkehr ein friedliches Heim zu bereiten.

Und noch ein letztes: Unsere Feldgrauen werden klarer und unbefehllicher im Urteilen, energischer im Wollen, rascher im Handeln heimkehren, als sie ausjagen. Auch daran ist kein Zweifel möglich. Das bringt die harte Schule des Krieges ebenfalls ganz von selber mit sich. Wir sehen es an allen unseren jungen Söhnen, die mit hinaus gemüht; als Knaben gingen sie von uns, als Männer kamen sie schon bei ihrem ersten Urlaub zurück. Die Älteren aber festigten erst recht draußen die Urteilskraft, den Willen und die Tatkraft, die sie vordem schon besaßen. Auch das übersehe man um Gottes willen nicht. Denn das würde seine sehr ernstesten Wirkungen haben. Die Heimkehrten werden sich nicht so leicht wie früher mit Verhöhnungen abpeilen lassen; sie

### werden fordern

und, finden sie nicht rasches Gehör, sich selber helfen. Darum ist es besser, daß die zu Hause ihnen durch eigene Vorbereitungen zuvor- und entgegenkommen.

Und so fassen wir zusammen: die ganze innere Verfassung unserer heimkehrenden Feldgrauen verlangt, rasche Entlassung aus dem Heere bei Friedensschluß, eine ausreichende Erholungszeit, schützende Arbeitslosen-Versicherung, wirksamen Arbeitsnachweis, organischen Umbau und Ausbau der Kranken-, Alters- und Invaliden-Versicherung, sowie Schaffung ausreichender, gesunder, menschen- und heldenwürdiger Wohnungen. Eine ernsthafte und gründliche Uebergangswirtschaft muß, so schwer es im einzelnen auch sein mag, neben vielen anderen auch diese großen Aufgaben lösen. Viel Zeit ist dafür nicht mehr zu verlieren.

Karl Göhre.

## Die Friedensverhandlungen.

WIB. Brest-Litowsk, 13. Januar. Die am 11. Januar konstituierte deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen hielt am 11. Januar und 12. Januar drei lange Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nahmen: Nach der kurzen einleitenden Diskussion über formale Fragen der Beratung wurde zunächst festgestellt, daß an der ersten Stelle des abzuschließenden Friedensvertrages die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den kriegführenden Parteien ausgesprochen werden solle, dagegen lehnte es Trotsky angeschlossen hieran ab, auszusprechen, daß die vertragsschließenden Teile entschlossen seien, fortan in Frieden und Freundschaft zu leben. Trotsky fand, daß dies eine dekorative Phrase sei, die nicht dem Sinn der Beziehungen kennzeichnen, welche zukünftig zwischen dem russischen und dem deutschen Volk und bei den Kaiserlich-österreichisch-ungarischen Völkern bestehen würden. Er hoffe, daß ganz andere Dinge die Beziehungen zwischen den Völkern beeinflussen würden. Nach der Diskussion über diesen Punkt wurde beschloffen, auf dem Gegenstand in einem späteren Zeitpunkt nochmals zurückzukommen. Im weiteren Verlaufe der Sitzungen wurde teilweise, die Einvernehmen darüber herrscht, die Räumung der von beiden kriegführenden Parteien besetzten Gebiete prinzipiell auf der Grundlage der vollen Gegenwertigkeit zu stellen, darauf, daß die Räumung der besetzten russischen Gebiete an die Räumung von Anhalt besetzten Gebiete Österreich-Ungarns, der Türkei

Das ist, ob diese vorteilhaft ist. Außerdem wurde dies...

ein Zusammenstoß nachtrief. Renauld führt dann fort und...

werden. Die grundlegende Versammlung tritt am 18. Januar...

England.

Das Frauenwahlrecht im englischen Oberhaus. Aus London wird gemeldet: Das Oberhaus hat wie...

Die Wahlrechtsberatung im Ausschuss.

Als eine Verhöhnung muß die Arbeiterklasse die Vorgänge...

Wohl wahr: Aus Willen besteht, daß gewisse den...

Der Balkanrieg.

Der Rest der Montenegroer ergibt sich. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der ehem...

Aus Nah und Fern.

Kohlenfundenkisten werden zum 1. April in Berlin eingeführt.

Ein "widerer" Mann. Der Oberbürgermeister Dr. Ebeling...

Die Ueberschweemmungen in China müssen diesmal noch...

Politische Rundschau.

Deutschland.

Landwirtinnen wieder in den letzten Tagen die Zeit. Man...

Die Nachfolge für Stadthagen.

Das sozialdemokratische Wahlereignisverfallung für...

Die Kriegslage.

Die Herrensberichte.

1915. Seite 14. Januar, abend. (Fortsetzung)

Frankreich und Belgien.

Caillaux verhaftet.

Caillaux ist gestern morgen verhaftet und inhaftet im...

Rußland.

Uebereinkommen mit der Ukraine.

Zwischen den ukrainischen Delegierten und Lenin wurde...

Über Thomas verlor er in einem Briefwechsel, Wilson...

Die Herrensberichte. Die Herrensberichte sind ein...

Die Herrensberichte. Die Herrensberichte sind ein...

Die Herrensberichte. Die Herrensberichte sind ein...

Die Herrensberichte. Die Herrensberichte sind ein...

keine Organe des Reichstages, keine Eisenbahnen, keine Telegraphen, keine Post. Alles dies ist deutscher Besitz und im deutschen Interesse. Auch zur Errichtung eines eigenen Volkspresces oder Volksblattes sind die Länder mangels geeigneter Organe in absehbarer Zeit nicht in der Lage.

Staatssekretär v. Kühlmann möchte hervorheben, daß es nicht möglich ist, auf die hier verlesene schriftliche Erklärung der russischen Delegation insofern irgendwelche Stellung zu nehmen. Ich muß mir die weitere Stellungnahme in allen Punkten vorbehalten, möchte aber meiner persönlichen Ansicht dahin Ausdruck geben, daß der von der russischen Delegation vorgeschlagene modus procedendi, nämlich, daß die Delegationen sich gegenseitig formulierte Schriftstücke vorlegen, weder zur Beschleunigung der Verhandlungen beitragen wird, noch besonders, wenn die Schriftstücke dem uns heute vorgelegten entsprechen, im allergeringsten dazu beitragen wird, die Ausichten der Verhandlungen, die wir führen, in besonders raschem Lichte erscheinen zu lassen. Ich persönlich bin der Ansicht, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, in der getrennten angelegenen Weise fortzuführen, bis der ganze Stoff durchgearbeitet war, um dann nach dem Abschluß der mündlichen Durcharbeitungen, wenn es nötig erschienen wäre, das Ergebnis der mündlichen Durcharbeitungen schriftlich zu fixieren. Da aber die russische Delegation durch ihren heutigen Antrag sich auf anderen Boden stellte, so lag es zur Beratung unter den Bundesgenossen vor, die Sitzung aufzuheben.

Herr Trost: Es ist selbstverständlich, daß es durchaus nicht unsere Absicht ist, die Leitung der Verhandlungen zu erschweren. Wenn die Gegenpartei sich auf den Standpunkt stellt, daß für das Vorbringen schriftlicher Formulierungen noch nicht der richtige Zeitpunkt ist, so würde unser heutiger Vorschlag zur Diskussion gestellt werden und wir würden uns das Recht vorbehalten, im Laufe der weiteren Verhandlungen zu unserer Deklaration als solcher oder zu einzelnen Teilen derselben zurückzukehren, ohne in irgendeiner Weise der Gegenpartei eine ähnliche Behandlung der Angelegenheit aufzuzwingen zu wollen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich kann diesen Vorschlag nicht annehmen. Das Vorhandensein schriftlich formulierter und ausgearbeiteter Vorschläge auf der einen Seite, denen von der anderen Seite eine entsprechende Gegenformulierung entgegengestellt wäre, würde durchaus unerwünscht sein. Ich muß deshalb an meiner Auffassung festhalten, daß vor irgendwelcher Stellungnahme meinerseits zu der neuen Lage eine erneute Beratung der Bundesgenossen nötig ist.

Die Sitzung wurde hierauf aufgehoben.  
Eine neue Sitzung zur Fortsetzung der Beratung ist noch nicht anberaumt worden.

Wie man aus diesem Bericht erfieht, sind die Verhandlungen wieder an einem Punkt angelangt, der als kritischer bezeichnet werden muß. Von unserem Standpunkt aus, der ja unseren Lesern zur Genüge bekannt ist, können wir die Auffassung der deutschen Delegation nicht teilen und damit auch das Auftreten des Generals Hoffmann nicht billigen. Was es nötig, in dieser Form gegen die Marimalkisten vorzugehen? Wir verneinen diese Frage und möchten nur hoffen, daß sich aus diesem Vorreben nicht weitere Komplikationen, die zum definitiven Abbruch der Verhandlungen führen, ergeben.

### Nur Silber und den Nachbarländern.

Dienstag, 15. Januar.

Der freie Handel notwendig oder überflüssig?  
Diese Frage wird in den letzten Wochen wieder eifrig erörtert. Befähigt man sich an dieser Erörterung, dann begreift man bei uns recht häufig die Ansicht, die Reichsleiter-Denkchrift, die viel Staub aufgewirbelt hat, beweiße die Notwendigkeit, den freien Handel möglichst bald wieder in seine Rechte zu setzen. In gefunden Zuständen würden wir erst dann wieder zurückkehren, wenn der Handel sich frei betätigen könnte. Ist dem wirklich so? Wir bezweifeln es stark. Wir glauben sogar, daß wir erst recht ungeheure Zustände bekämen, wenn wir den Handel sich wieder frei betätigen lassen. Herr Dr. Schiele hat am 29. März 1917 in einer Rede über den freien Handel im Abgeordnetenhaus in Berlin gesagt: der Handel habe als unentbehrliches Werkzeug der freien Preis notwendig, die freie Kalkulation des Preises.

„Einen freien Handel, der seine Funktionen ausführen kann, gibt es nur, wenn er auch die freie Kalkulation des Preises hat. So notwendig, wie der Fisch das Wasser und der Vogel die Luft, hat der Handel diese Freiheit. . . In demselben Augenblick, wo man Höchstpreise festsetzt, vermindert die Ware, weil sie verschwinden muß, weil es keinen Handel und Verkehr damit mehr geben kann.“

Damit ist festgestellt, daß der Handel ohne freie Preisbildung nicht existieren kann. Sehen wir also den freien Handel wieder in seine Rechte ein, dann müssen wir auch die Höchstpreise fallen lassen und dem Handel die freie Kalkulation des Preises überlassen. Im Frieden, wenn wir viel Waren vom Ausland bekommen, die einheimische Produktion nicht deckt, und der Preis sich nach Angebot und Nachfrage regelt, die dann aber auch in einem gesunden Verhältnis zu einander stehen, als es heute der Fall sein kann, ist Gewähr geboten, daß der Preis nicht ins Angemessene steigt. Im Kriege aber, wo wir abgeklopft sind vom Ausland, wo unsere heimische Produktion aus ganz natürlichen Gründen zurückgeht, würden infolge der Warenknappheit und der gesteigerten Nachfrage die Preise in unvorstellbarer Weise in die Höhe schnellen. Wir haben es ja beim Ausbruch des Krieges erlebt. In den ersten Monaten hatte der freie Handel noch das „Werkzeug“ der freien Preisbildung. Trotzdem damals die Nachfrage nach Ware nicht so stark und noch genügend Vorräte vorhanden waren, schnellten die Preise von Tag zu Tag in die Höhe. Und wie sieht es mit Vorkräften, die heute noch nicht der Preisnahme unterliegen? Man braucht wirklich kein Bedrücktes anzuführen, um zu beweisen, daß für diese Gegenstände die Preise prozentual noch weit höher gestiegen sind, als für Gegenstände, die der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen. Wir würden lediglich erreichen, daß ein kleiner Teil der Bevölkerung, dem genügend Mittel zur Verfügung stehen, die erhöhten Preise bezahlen könnte, dagegen der andere Teil — und das ist die überwiegende Mehrheit des Volkes — würde leer ausgehen. Die Butter, das Fett, die Nahrungsmittel, die man jetzt im Schleißhandel für ungerade Preise erwerben kann, würden dann öffentlich für dieselben Preise gehandelt. Würden keine Strafen mehr für Verfehrung der Preise verhängt werden, würden Preisverhelfer und Kriegswucherer ihre Tätigkeit einstellen und dem Handel vollständige freie Bahn geben, dann würde die minderbemittelte Bevölkerung von den Lebensmitteln, die nun einmal infolge des Krieges sehr knapp sind, überhaupt keine mehr erhalten. Bei der öffentlichen Bewirtschaftung haben sie die Garantie, wenigstens ein bestimmtes, wenn auch viel zu geringes Quantum zu einem bestimmten Preise zu bekommen.

Aus all dem ergibt sich, daß es nicht nur im Interesse der Konsumenten liegt, die Lebensmittel öffentlich zu bewirtschaften, sondern ebenso sehr im Interesse des Staates. Ohne den tiefen einschneidenden Einschnitt in unsere Lebensmittelversorgung wären wir mit unseren Vorräten längst am Ende und der Krieg wäre verloren.

Bekanntmachung von Mauersteinen und Dachziegeln. Es ist eine Bekanntmachung, betreffend Bestimmung und Bestandsaufnahme von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen, Dachziegeln aller Art und Drainageröhren aus Ton erlassenen, die am 23. Januar 1918 in Kraft tritt. Nach dieser Bekanntmachung werden sämtliche vorhandenen und neu zu erwerbenden von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen und Dachziegeln aller Art (insbesondere gebrannte Tonsteine,

# Der amtliche Kriegsbericht.

WZB. Großes Hauptquartier, 15. Jan. (Amtlich.)  
Wöchlicher Kriegshauptplaz.

Keine besonderen Ereignisse.  
An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekämpfe.  
Wöchlicher Kriegshauptplaz.  
Mazedonische Front.  
Die Lage ist unversändert.  
Italienische Front.

Starke Angriffe, die den Italienern gegen die österreichisch-ungarischen Stellungen am Monte Arfelone und Monte Vertice führte, sind unter schweren Verlusten gescheitert.  
Zugewand in den Anariffabschnitten anhaltende Feuerkämpfe dehnten sich zeitweilig nach Westen über die Brenta, nach Osten bis zur Piave aus. Auch links der unteren Piave und in Verbindung mit italienischen Vorstößen im Piave-Delta war die Artillerietätigkeit lebhaft gesteigert.  
Der Erste Generalquartiermeister.  
Ludendorff.

Kalkmandelsteine, Schwammsteine, Schlackensteine, Zementsteine), welche als Baus- oder Stimmermauersteine, Hartgranolsteine, Klinker, Ziegelsteine, poröse Steine, Decken- und Decksteine, Normsteine, Drainage- und Drainagesteine, sowie Drainageröhren aus Ton hergestellt werden, liefern sie sich im Reich von Verboten oder Beschränkungen. Die wesentlichen Bestimmungen erlassen oder mit ihnen verbunden. Nach der Bestimmung sind Verordnungen über die Gewerbebetriebe nur noch zulässig, sofern sie durch einen Kriegsbefehl mit dem Stempel des Reichsamtes, Postenschilder, besiegelt sind, oder eine ordnungsgemäße Ausführungsbewilligung des Reichsamtes für den Bezug und Einfuhrbewilligung vorliegt. Ohne feststehende Gewerbebetriebe ist jedoch auch der Verkauf von Rohstoffen bis zu 500 Stück, von Drainageröhren bis zu 1000 Stück, von Drainagesteinen bis zu 500 Stück und von den übrigen Gegenständen bis zu 5000 Stück in einem Kalendermonat für eine Person gestattet. Der Vorrat in den oben bezeichneten Gewerbetrieben ist außerdem von den Bestimmungen der Beschränkungen oder mit ihnen verbunden, als 2 Monate an die Kriegsanstalten zu stellen in deren Bereich die Gegenstände sich befinden. Die erste Maßnahme ist über den bei Beginn des Jahres 1918 vorhandenen Vorrat bis zum 10. Februar 1918 zu stellen. Der Vollzug der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzuleiten.

Eine mittlere Sitzung, die sich mit der Volkshilfe befaßt, fand am morgigen Mittwochsabend 8 Uhr im Gemeindefestsaal statt. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Angelegenheiten der Volkshilfe. Genossen Otto Dieckmann und Hamburg. In dieser Sitzung sind neben den Mitgliedern der Verwaltungskommission der Volkshilfe die Vertreter der letzteren, die Gemeindefestsaalvorstände, Parteimitglieder und die Aufsichtsrats- und Genossenschaftsratsmitglieder des Konsumvereins eingeladen. Es darf wohl erwartet werden, daß die Genannten der Einladung nach Möglichkeit Folge leisten.

Eine Verordnung, betr. die Freilassung der Strafgefangenen von Ehre und Eis erläßt das Reichsamt. Generalkommando in heutiger Nummer. Da sie von tiefem Interesse ist, empfehlen wir sie unseren Lesern zur dringenden Beachtung.

Steuerverhältnisse. Vom Steueramt wird uns geschrieben: In den nächsten Tagen wird mit der Aufstellung der Vorberichte für die Einkommensteuerverhältnisse begonnen werden. Obwohl wiederholt in den Tagesberichten die Bestimmungen davon abgemittelt, in den Steuererklärungen unrichtige Angaben über das steuerpflichtige Einkommen zu machen, werden immer wieder Fälle beobachtet, wo das in den Steuererklärungen angegebene Einkommen nicht mit dem tatsächlichen Einkommen übereinstimmt. Zu Steuerbehörde hat daher auch im letzten Jahre in zahlreichen Fällen Geldstrafen und zwar zum Teil in erheblicher Höhe verhängt. Gerade während der Kriegszeit ist es in höherem Maße notwendig, wenn ein Steuerpflichtiger, der einen großen Verdienst erzielt, sein steuerpflichtiges Einkommen unrichtig angibt. Arbeiter und Angestellte tun gut, sich vor Abgabe der Steuererklärung im Kontor ihres Arbeitgebers nach der Höhe ihres vorläufigen Verdienstes zu erkundigen, während den Wirtschaftsjahren dringend empfohlen wird, über Einnahmen und Ausgaben ordnungsmäßig Buch zu führen, damit sie am Jahresende die Höhe ihres Geschäftsergebnisses richtigstellen können. Ist jemand im Zweifel, wie er sein steuerpflichtiges Einkommen zu berechnen hat, so kann er im Zimmer 11 oder 2 des Steueramts Erläuterung einholen. Es wird ihm dort während der Dienststunden jederzeit bereitwillig Auskunft erteilt.

Das rote Kreuz. Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen ersucht: Noch immer tobt der gewaltige Weltkrieg, aber er weicht sich dem Ende zu. In dieser Kriegszeit hat das Lübecker rote Kreuz großes geleistet. Weit über die Grenzen unserer Vaterstadt hört man das Lob unserer Lazarette. Lübeck hat einen guten Ruf bei unseren Kameraden, wenn sie auf der Durchreise bei dem roten Kreuz zu Gast sind. Ein eigener Vereinslazarett bringt die Verwundeten in die deutsche Heimat. Dort an der Front laßt das Soldatenheim des Lübecker Vaterl. Frauenvereins die Feldgrauen zur Einsicht ein. In der Heimat gibt es wohl kein Haus, das nicht die Segnungen des roten Kreuzes erfahren hat, sei es durch die Fürsorge für die bedürftigen Familien der Feldgrauen oder durch die Inanspruchnahme der Einrichtungen des roten Kreuzes durch die einbezogenen Angehörigen. Da gilt es ein klein wenig Dankeschuld abzutragen. Der Ortspräsident der Lübecker Sanitätskolonnen veranlaßt deshalb am 19. und 20. Januar Dorfparteen zum Besten einer Spende, die am 27. Januar dem roten Kreuz überreicht werden soll. Dem Kaiser kann kein besseres Geburtstagsgeschenk gemacht werden als eine Spende, die für die tapferen Soldaten und ihre Angehörigen verandt wird. Im Interesse der vaterländischen Veranlassung wird um weitestgehende Förderung durch alle Kreise unserer Bevölkerung gebeten.

Lübecker Frauengemeinde. Claviga wird aufgeführt für Rot am 19. Januar, für Blau am 22. und für Gelb am 31. Januar.  
Herr Thomas Mann, der durch seine stännde Erzähler und weltberühmte Sohn unserer Stadt, wird hier am Donnerstag dem 17. d. M. einen Vortrag aus seinen Werken zu Gunsten der Kriegswaisen halten. In überaus dankenswerter und aufopferndster Weise hat Herr Direktor Kusch hierfür das Stadtheater unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die für den Abend eintretende Vorstellung des Pökenarins fällt daher aus. Der Vortrag beginnt um 7 1/2 Uhr und wird gegen 9 1/2 Uhr enden. Sowohl der Name des Vortragenden, den öffentlich in seiner Vaterstadt zu hören und nicht viele werden entgehen lassen wollen, wie auch der gute Zweck, den der Vortrag auflassen und wir erwarten, daß das Haus gefüllt sein wird. Man wird daher gut tun, sich rechtzeitig eines Platzes zu versichern.

Hamburg. Störungen in den Telegraphenleitungen. Die telegraphischen Verbindungen mit dem östlichen, mittleren und südlichen Deutschland sowie mit Neudenburg haben bei dem großen Umfang der Störungen erst zum Teil wieder hergestellt werden können. Die Verbindungen mit dem südlichen Deutschland, dem Königreich Sachsen, der Schweiz und Oesterreich sind noch unterbrochen. Die Telegramme nach diesen Gebieten sind weiteren Verzögerungen unterworfen. Der Telegrafverkehr mit Holland ist wieder normal.

Hamburg. Errichtung einer Universität. Der Wunsch der Bürgerschaft, dem der Antrag Dr. Döder überwiegen war, zu prüfen, in welcher Weise unter fortgeschritten Ausdehnung des Vorlesungswesens der weitere Ausbau des hamburgischen Kolonialinstituts als einer selbständigen, der Forschung, der Lehre und der praktischen Ausbildung gemäßen Anstalt mit künstlerischer Beschleunigung und dauernd ernüchert werden könne, hat, wie verlautet, nach Ablehnung dieses Antrages und eines Vermittlungsantrages Dr. Burchard sowie eines von Prof. Dr. Brauer vorgelegten Programms zur Ausgestaltung und Betätigung des hamburgischen akademischen Lebens im Sinne einer wissenschaftlichen Auslandsstunde durch eine hamburgische Gelehrtenchaft mit 10 gegen 5 Stimmen sich für die Errichtung einer Universität in Hamburg ausgesprochen.

Mitona. Betriebshörung im Elektrizitätswerk Unterelbe. Durch eine Betriebshörung im Elektrizitätswerk Unterelbe wurde gestern nacht der Straßenbahnverkehr zum Stillstand gebracht. Die elektrischen Lichtanlagen versanken, so daß zahlreiche öffentliche Lokale und Wohnungen in Dunkelheit gehüllt waren.

Kiel. Veruntreuungen bei der Marine-Tabakversteuerausstellung. Bei einem in der Kolonialstraße wohnenden Zigarrenhändler, der gegenwärtig bei der Marine in Werte von ungefähr Mk. 15 000 gefunden. Die Rauchwaren sind offensichtlich von Marineangehörigen veruntreut. Keiner wurde bei einem Zigarrenhändler im Langen Secken 40 Rollen Zigaretten vorgefunden, um welche die Marine-Tabakversteuerausstellung betrogen ist. Die Zigaretten und der Tabak sind in beiden Fällen beschlagnahmt.

Bremervörde. Die schweren Differenzen zwischen dem Verleger der „Bremervörder Zeitung“ und dem Landrat Grubitz nehmen immer schlimmere Formen an, da nun der Kreisauschuss in einer Beschlussempfehlung die Angaben des Verlegers bestätigt, allerdings in einer Form, die die alte Fassung unterstreicht, daß ein Teil der Behörden die Mission der Presse noch immer nicht erfasst hat. Es ist vom Verleger verlangt worden, daß er von jedem Stück der ausgegebenen Zeitung erst ein Stück dem Landrat vorlege. Der Verleger hat den Fehler begangen, diesem Nachtrage zum Vertrage zuzustimmen, denn er mußte im voraus wissen, daß ihm die Einhaltung dieser Klausel aus technischen und journalistischen Gründen unmöglich sein werde. Die breitere Öffentlichkeit beachtet an diesem Streitfall allein die Tatsache, daß einem Amtsblatt eine betrieblige Vertragsbestimmung zugemutet worden ist, denn der Landrat hat sich eine Vorzensur angewandt, die ihm in keiner Richtung zusteht. Zweifellos wird ein Amtsblatt in der Form der Kritik befähigter Maßnahmen besonders tatkraftig sein müssen, eine Unterbindung jeder Kritik aber ist eine Verhinderung des Ausbruches der öffentlichen Meinung, zumal in Bremervörde keine andere Zeitung erscheint.

## Neueste Nachrichten.

### Fortsetzung der Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Berlin, 15. Januar. Unterstaatssekretär von dem Busche hat im Verlaufe des getrigen Nachmittags den Parteiführern einige Aufklärungen über den Gang der Verhandlungen in Brest-Litowsk gegeben. Danach seien dort die Verhandlungen gestern nachmittag wieder aufgenommen worden, und auch heute vormittag werde eine Sitzung der Delegierten stattfinden.

Die Reichsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, den sie vorher in der Frage der Kriegsziele und speziell in den öffentlichen Fragen eingenommen hatte, und es wird befestigt, daß der Reichsfanzler an den Erklärungen, die er im Hauptausgang des Reichstages über diese Dinge abgegeben hat, festhält. Es sind an Herrn von Kühlmann keine neuen Instruktionen gesandt worden. Die früheren Richtlinien behalten ihre Gültigkeit. Der Plan einer neuen Teilung Polens durch Abtrennung größerer Gebiete, dürfte angesichts der Bedenken, die gegen ihn geltend gemacht werden könnten, nicht in einer Weise befaßelt worden sein, wie sie etwa alldeutschen Blättern wünschenswert erscheinen. Einig scheinen die Oberste Seerescheinung und die Reichsleitung darüber zu sein, daß in Brest-Litowsk russischen Verhandlungsversuchen mit Entschiedenheit entgegengetreten werden müsse. Die Reichsleitung will den Grundgedanke des Selbstbestimmungsrechts für die russischen Randvölker nach wie vor unanverändert aufrechterhalten. Die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch Wahlen usw. halte sie aber erst dann für möglich, wenn der Frieden geschlossen und die Ordnung wieder völlig hergestellt sei.

Berlin, 14. Januar. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote hat unter schiedlicher Führung des Oberleutnants zur See Lohs lebhafte im Nermel-Kanal 5 Dampfer und 3 Fährfahrzeuge mit rund 2100 Brutto-Registertonnen versenkt, eine Leistung, die umso anerkannterwert ist, als die Erfolge von einem kleinen U-Boot und in einem Seegebiet erzielt wurden, in dem die feindliche Gegenwirkung besonders stark ist.

Alle Dampfer mit Ausnahme eines waren bewaffnet und tief beladen.

Es konnten namentlich festgestellt werden, der englische bewaffnete Dampfer „Solanth“ (3061 Brutto-Registertonnen) sowie der bewaffnete englische Tankdampfer „Arca“ (4839 Brutto-Registertonnen), der in geschickter durchgeführtem Angriff aus einem stark gesicherten Sanddampfer-Gelichtzuge herausgeschossen wurde.

Die versenkten Fährdampfer waren englischer Nationalität und führten die Namen „Gracitude“ (S. N. 25), „Baruna“ (S. N. 43) und „S. N. 201“.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Theater und Musik.

Das schone vollständige Konzert wies gestern in seinem Programm zwei hier seit längerer Zeit nicht gehörte Werke von Max Bruch auf, der am 6. Januar seinen achtzigsten Geburtstag feiern konnte. Bruch ludt durch die Melodie zu wirken, und er vermag es auch, wie keine Geringere zur Oper „Die Corellis“ und mehr noch des etwas elegische Konzert in G-Moll für Violine und Orchester etwies, in dem das Schicksal Herr Szantó durch wunderliche Parabel und Höhe des Tones entzückt. Dann folgte Carl Reineides Vorspiel zum fünften Akte der Oper „Martha“, das ebenfalls keine gerühmte Musik birat. In zweiten Teil des Konzerts war Haydn mit der ersten Klavier-Suite, Kubistek mit seiner Schönenmusik und dem stets gern gehörten „Trot der Cavallerie“, Gounod mit dem bekannten Zwickelstück aus „La colombe“, Tschaikowski mit einem reizvollen Miniaturmarsch und einem Walzer aus dem Ballette „Dornroschen“ vertreten. Den Schluß bildete der schwungvoll gezielte Etudiantina-Walzer von

E. S. N. Im dem öffentlichen Leben einen gesellschaftlichen Mittelpunkt zu geben, wird am 1. Februar in den Räumen des „Anton-Weinrestaurant“ eine großstädtische E. S. N. diese eröffnet. Diese Räume (neu hergerichtet) sollen nachmittags in Kaffee- und Teestuben verwandelt werden. Eine Künstlerkapelle sorgt für Unterhaltung. Abends finden im Weinrestaurant „Künstlerische Konzerte“ statt. Erste Bühnenanstrengungen werden stets für ein künstlerisches Programm sorgen.

Waldhefel. Da Kapellmeister Dr. Gähler sich aller dieser Werke mit gleicher Liebe annahm und das Orchester trefflich musizierte, wurde der Abend sehr genussreich.

### Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

#### Laufstiefel im Schnee und Eis

steht das neueste Gebot zum Durchhalten zu sein. Ganz gleich, ob dadurch tödliche Krankheiten die heranwachsende Jugend heim-

suchen oder nicht. Für meine zwei Jungen ließ ich wochenlang herum, bevor ich ein paar Segeltuchschuhe mit Holzsohlen auf-treiben konnte, in denen jetzt täglich die Jungens bis auf die Haut durchnäßt nach Hause kommen. Das heißt nur noch der ältere. Der jüngste liegt daraufhin schon an schwerem Gelenkrheumatis-mus darnieder. Eine meiner erwachsenen Töchter läuft aber nach einem Paar Damenschuhe Nr. 42 schon drei Monate — sage und schreibe einundneunzig Tage — mit ihrem Bezugsschein umher, der längst ungültig wurde. Aber Schuhe hat sie, trotzdem sie jeden Preis zahlen will, noch nicht bekommen können. Dafür hat sie auf ihrer Jagd nach Schuhen die Entdeckung gemacht, daß die Händler nach Eintreffen neuer Ware wiederholt Freunde und Be-

kannte mit Schuhen versorgt haben. Alle anderen Nummern sind vorhanden, aber die größte Damenummer 42 ist nirgends auf-zutreiben. Da sollte doch das Postamt einmal Schritte unter-nehmen, damit nicht noch mehr Erkrankungen vorkommen, die bei dem Mangel an allen Kräftigungsmitteln Not und Tod zur Folge haben. Hunderte Klagen in ähnlichem Sinne. Videant consules! Ein geplagter Familienvater.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gedruckt in Lübeck.

## Verordnung betreffend die Frei-haltung der Straßendämme von Schnee und Eis.

Bei Schneefällen und Stattis bedarf es in diesem Winter der größten Anstrengung aller Kräfte, um den Verkehr aufrecht zu erhalten und dadurch den unbedingt notwendigen Transport der Kriegsgüter und Lebensmittel zu ermöglichen. Die Zahl der Kräfte und Werke sind vermindert, sie können nur ausreichen wenn die Fahrbahn dauernd freihalten wird. Alle Anstrengun-gen sind daher auf die Reinigung des Straßendammes zu richten. Gesehrt es nicht, kann jeder härtere Schneefall auf die Unter- und Abfuhr wie überhaupt auf die gesamte Güterverteilung in den größeren Städten verhängnisvolle Rückwirkungen aus-üben. Es muß in erster Reihe auf eine erhebliche Erweiterung der freiwilligen Mitarbeit der Bürgerchaft gerechnet werden. Lediglich die Freiwilligkeit alleine nicht aus.

Daher ordne ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf Grund von § 9b des Gesetzes über den Polizeirechtszustand vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 11. Dezember 1915 — R. G. Bl. S. 818 — für Städte mit mehr als 50000 Einwohnern folgendes an:

§ 1. Jeder Grundeigentümer ist verpflichtet, vor seinem Grundstück den Straßendamm bis zur Mitte, in Straßen mit mehreren Fahr-dämmen den ganzen Straßendamm, von Schnee und Eis zu reinigen. Die Verpflichtung der Straßendämme zur Reinigung der Gesteine von Eis und Schnee bleibt unberührt.

§ 2. Die Reinigung hat spätestens morgens um 7 Uhr zu be-ginnen und ist während des Tages so oft zu wiederholen, als neue Schneefälle oder Vereisungen Verkehrserschwerungen be-fürchten lassen.

§ 3. Der Schnee ist auf den Gehsteigen möglichst nahe der Vorder-schwelle aufzuschichten, jedoch so, daß die Rinnröhren unter allen Umständen freibleiben und daß die Benetzung der Gehsteige in genügender Breite nicht gehindert wird. Ganz gewundene Stellen oder Bahnen des Straßendammes sind abzuwaschen (durch Sand-Strömen, Abblasen u. v. m.). Die Polizeibehörden sind befugt, je nach den örtlichen Verhältnissen über die Aufschichtung des vereisten Schnees oder Eises andere Bestimmungen zu treffen.

§ 4. Hat der Grundeigentümer sein Grundstück als Garage an einen anderen vermietet, verpachtet oder zum Mietsbrauch über-lassen, so hat mangels besonderer Vereinbarungen der Andere die Reinigungspflicht.

§ 5. Ist der Grundeigentümer nicht in der Lage, mit dem ihm zur Verfügung stehenden Kräfte die durch Eis oder Schnee verursachte Verkehrserschwerung sofort zu beseitigen, so ist er befugt nach den in den §§ 5 bis 7 bestimmten Grundregeln die Verwendung des auf dem Grundstück befindlichen Hauses zur Entschärfung anzufragen. Die Hausbewohner haben der Aufforderung, soweit nicht nachstehende Ausnahmen ausreichen, unerschrocken zu entsprechen. Die zur Reinigung von Schnee und Eis erforderlichen Geräte hat der Hausbesitzer zur Verfügung zu stellen. Ge-wert er hierzu unwillig ist, kann Polizeibehörden wegen ungestör-ter Heranziehung zu Zwangsmaßnahmen einschreiten. Die Polizeibehörde. Die Erhebung der Polizeigebühren beruht nicht auf der Arbeit bis zur Entschärfung der Polizeibehörde zu verweigern.

§ 6. Zu Reinigungsarbeiten sind die männlichen und weiblichen Hausbewohner im Alter von 14 bis 60 Jahren verpflichtet. Die Verpflichtung zu diesen Arbeiten fällt fort, wenn der Hausbe-wohner körperlich nicht imstande ist die Arbeit zu leisten; ferner während der Stunden, in denen er durch Ausübung einer Berufs- oder Erwerbstätigkeit, durch Ausübung des öffentlichen Dienstes oder aus einem anderen wichtigen Grunde beghin-dert ist.

§ 7. Die Hausbewohner können über die Reihenfolge der Heranzie-hung zu Reinigungsarbeiten eine Vereinbarung treffen oder einen Obmann wählen, der die Reihenfolge des Heranziehens Solange ein solches Vorgehen nicht erfolgt, hat der Grund-eigentümer eine Liste aufzustellen, aus der die Reihenfolge er-sichtlich ist. Die Liste ist in geeigneter Weise dem Hausbesitzer und der Polizei dauernd zur Einsicht zugänglich zu machen. Jedem in die Liste Eingetragenen ist zu bemerken, wann er an den Reinigungsarbeiten herangezogen werden wird. Die Heranzie-hung der Hausbewohner hat gleichmäßig zu erfolgen.

§ 8. Der zu Reinigungsarbeiten herangezogene Hausbewohner kann sich durch eine andere geeignete Person vertreten lassen. Jeder Hausbewohner kann auch anfragen, daß an der Stelle eines zur Arbeit herangezogenen Angehörigen des Haus-halts ein anderer zu dieser Arbeit geeigneter Angehöriger die Hausarbeit tut. In den Angelegenheiten der Heranziehung im Sinne dieser Bestimmungen können auch Vermieter und Vermieterin, ferner Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter während der Stunden, in denen sie vom Polizeibehörden in einem Haus-männlichen oder gewerblichen Betriebe beschäftigt werden.

§ 9. Grundeigentümer, Hausbesitzer und Hausbewohner, die dieser Verordnung ungenügend nachkommen, werden mit Geldstrafen bis zu einem Jahre, nach Vorliegen mildernder Umstände mit Geld- oder mit Gefängnis bis zu 14 Tagen bestraft.

Diele Strafe tritt ein, der andere zu solcher Strafbestrafung auffordert oder anregt.

Der stellv. kommandierende General  
v. Falk,  
General der Infanterie.

### Die Ausgabe der Zwiebeln

Da die Zwiebeln wieder im Überflusse sind, so hat die Polizei die Ausgabe der Zwiebeln an die Bürger zu regeln. Die Ausgabe erfolgt am 16. Januar von 8 bis 1 Uhr.

1-1	am 16. Jan. von 8-1 Uhr
1-2	am 17. Jan. von 8-1 Uhr
1-3	am 18. Jan. von 8-1 Uhr
1-4	am 19. Jan. von 8-1 Uhr

Die Ausgabe erfolgt an der Polizeistation, Holstenstr. 20. Die Ausgabe ist kostenlos.

# Kaisergeburtstags-Spende

für das Rote Kreuz.  
(Vergleiche Artikel im lokalen Teil der heutigen Nummer.)  
**Opfertage am 19. u. 20. Januar** Straßensammlung  
**Adlernagelung am 27. Januar.** Markt-Konzert  
Der Ertrag wird am Geburtstage des Kaisers, 27. Januar, dem Roten Kreuz überreicht.  
Der Dienst der Lübecker Sanitätstolonnen.

## Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen. Aufruf!

Unter Vaterland hat einen gewaltigen Krieg gegen eine Welt von Feinden zu bestehen. Millionen deutscher Männer bieten ihre Brust dem Feinde dar. Viele von ihnen haben ihre Treue gegen das Vaterland mit dem Tode bezahlt. Unsere Pflicht ist es, für die Hinterbliebenen der Tapferen zu sorgen. Aufgabe des Reiches ist es zwar, hier in erster Linie zu helfen, aber diese Hilfe muß ergänzt werden durch freie Liebesgaben, als Dank-opfer von der Gesamtheit unserer Volksgenossen den Hel-den dargebracht, die in der Verteidigung des deutschen Vaterlandes zum Schutze unser aller ihr Leben dahin-gegeben haben.

Deutsche Männer, deutsche Frauen gebt! Gebt schnell! Auch die kleinste Gabe ist willkommen!  
Zur Entgegennahme von Beiträgen sind die Unter-zeichneten, sowie sämtliche hiesige Banken bereit.  
Lübeck, den 14. Januar 1918.

Der Landesauschuß der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.  
Senator Dr. Eichenburg. Bürgermeister Dr. Fehling.  
Senator Kulenamp. Senator H. Evers.  
C. Dimpfer, Wortführer der Bürgerschaft. Dr. H. Götz,  
Wortführer des Bürgerausschusses. Geh. Regierungsrat  
Bielefeldt, F. Heise, F. Mehrlein, Th. Köfing.

Beihilfegewinne und Beförderung von ge-brannten und anderen keramischen Mauersteinen, Dachziegeln oder Ziegeln, Ziegelfabriken aus Son-derburg.

Statt besonderer Anzeige.  
Am Sonntag erkrankte nach kurzer, schwerer Krankheit meine liebe Frau, meine Tochter treuversorgende Mutter, meine liebe Tochter, Schwiegertochter und Schwägerin.  
(192)

Frau Wilhelmine Ritter geb. Böttcher  
im 45. Lebensjahre. In tiefer Trauer im Namen der Hinterbliebenen  
Johann Ritter u. Tochter Gertrud.  
Lübeck, den 14. Januar 1918.  
Beerdigung 16.  
Die Trauerfeier findet am Sonntag, d. 19. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes statt.

Heute  
frisch Schwarzsauer  
Carl Labitz, Holstenstr. 14-16.  
Hansa-Theater.  
Heute abends 7 Uhr: (187)  
Die kaiserliche Saisone.

## Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Jahrestelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, dem 16. Januar abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tagesordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Abrechnung vom 4. Quartal 1916.  
3. Die auf dem Verbandstag beschlossene Beitragserhöhung und Regelung unseres Lokalbeitrages.  
4. Sonstige Verbandsangelegenheiten.  
Der wichtigen Tagesordnung halber müssen alle Mitglieder erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

Achtung! General-Versammlung der Schweinegilde für Fackenburg und Umgegend am Sonntag, 27. Januar nachmittags präz. 2 Uhr bei Herrn F. L. Paetow, Fackenburg.  
Tagesordnung:  
1. Kassenbericht.  
2. Wahl eines Vorsitzenden und sämtlicher Kommissoren.  
3. Verschiedenes.  
194) Der Vorstand.

Gewerbevereins-Versammlung für die Mitglieder und deren Damen  
Mittwoch, d. 16. Januar, abds. 8 Uhr, im Bürgerverein.  
Vortrag von Herrn Oberleutnant a. D. Kuhl aus Berlin: Ein „Möve“-Offizier über seine Fahrt. (196)  
— Mit Lichtbildern. —

Lübecker Schauspielergemeinde  
Clavigo.  
Rot am 19. Januar  
Blau 22.  
Gelb 31. (190)

Neueröffnung 1. Februar 1918.  
E (ln)  
S (schöner)  
P (latz)  
Diele

„Künstlerspiele“  
Nachmittags: Vornehmes Kaffeegedeck im ehemaligen Weinrestaurant „Union“, Holstenstr. 20.

Hohe Belohnung.  
In der Nacht vom 11. zum 12. ds. Mts. wurden in unserm Geschäft durch Einbruch für ca. 11000 Mt. Waren gestohlen. Für Wiederherbeischaffung derselben oder eines Teiles bezahlen wir 10 % vom Wert der zurückerlangten Waren.  
Gestohlen wurde folgendes: Seidene Damenblusen, Waschblusen, Damen-Kostüme u. -Mäntel, Herren-Anzüge u. -Paletots, Blusenstoffe, Voal, Kostümfabrik, Illigarnitur usw.  
Eblers & Reetwisch, Lübeck.

## Aufruf an die Parteilosen und Genossen Mecklenburgs und Sübens!

Der unterzeichnete Vorstand des Bezirks Mecklenburg-Lübeck schließt sich dem vor kurzem erlassenen Aufruf des Parteivorstandes vollinhaltlich an, in dem die Freunde eines Verständigungsfriedens und die Verfechter des gleichen Wahlrechtes zur Sammlung von Beiträgen für den Kampffonds aufgefordert werden.

Auch in unserem Bezirk sind Kräfte am Werke, die mit großen Mitteln und jäher Energie für die „Vaterlandspartei“ werben. Diese angeblich unpolitischen Vaterlandsparteiler wollen nichts weiter als einen

## Frieden der Verständigung

verhüten. Noch mehr aber hat ihren Jorn die

## Demokratisierung Deutschlands

herausgefordert, für die insbesondere die Sozialdemokratie sich eingesetzt hat.

Den Kampf gegen diese Mächte der Reaktion aufzunehmen und durchzuführen muß die heiligste Pflicht aller Parteigenossen und aller Freiheitsfreunde sein.

## Dazu ist Geld erforderlich,

und jeder sollte nach seinen Kräften beisteuern.

Nicht minder notwendig ist aber die Stärkung unserer politischen Organisation, ohne Organisation ist jeder Kampf unmöglich.

Wir fordern deshalb alle Gleichgesinnten auf, den Kampf außerdem zu stärken durch Beitritt in unsere Organisation, und durch Abonnement unserer Presse; das sind für unseren Bezirk

## „Mecklenburgische Volks-Zeitung“

und der

## „Lübecker Volksbote“.

Geldbeiträge und Beitrittserteilungen werden von allen Parteifunktionären entgegengenommen.

Der Bezirksvorstand  
des Bezirkes Mecklenburg-Lübeck.

Rostock, Doberaner St. 6.

## Zickzack?

Verschiedene Anzeichen lassen darauf schließen, daß mehr als in der Öffentlichkeit immer noch in internen Zirkeln über die Kriegszielfragen des Ostens diskutiert wird. Eigentlich hätte man sich in dreieinhalb Jahren des Krieges schon hinreichend klar darüber werden können, was man im Osten will oder nicht will. Trotzdem geht der Streit darüber fort, ob man in verklärter Form viel, in offener weniger oder ob man dem dauernden Frieden zuliebe überhaupt nicht annectieren soll.

## Die Guano-Reise rund um Deutschland.

Die Zeitfaktore.

Von Maximilian Maulbecker.

Punkt 4 Uhr 5 Minuten trat der Wagen Guano seine nachmalig so berühmte Reise rund um Deutschland an. Dauer: 24 Stunden. Abgangskation und Endziel: Zentnerburg.

Punkt 4 Uhr 5 Minuten hatte Moritz Weichenfeld, Lebensmittel-Großhandels-Gesellschaft m. b. H., Zentnerburg, Krümmenstraße 8, eine Gesellschafterversammlung einberufen, d. h. Moritz als alleiniger Besitzer sämtlicher Anteilscheine der G. m. b. H. stellte sich vor den Spiegel und apostrophierte in sich die Gesellschaft folgendermaßen:

„Moritz, wie haste das wieder gemacht?“ — Diese Anrede zeigt, wie sehr Weichenfeld mit sich und der G. m. b. H. zufrieden war.

Worauf die innere Stimme eines Gesellschafters, der bereits müde war, prompt antwortete: „Einfach großartig!“

Und richtig. — Moritz Weichenfeld fuhr beständig fort: „Jawohl, großartig — meiner Ehr! Da ichan her — nehmich!“ — damit hielt er seinem Spiegelbild triumphierend ein Telegramm vor die gemeinsame Gesellschaftsnase von dementsprechenden Umfang, Dide und Länge, und krompetete wie ein Elefant: „Hier — hier ist das Telegramm der Firma Großtopf und Co.“

„Eine solvante Firma, eine solide Firma, eine erfräglich Firma.“ dröhnte es in seinem Hirnkasten wie mit ebensoviele Gesellschaftsstimmen.

„Ich weiß es — weiß es ganz genau. Nu, Gott der Gerechte, hätte Weichenfeld, der kluge, tüchtige Weichenfeld, das Geschäft gemacht, wenn er nicht zuvor ganz genau gewußt hätte, daß Großtopf und Co., Mühlenfabrikate, Breslau, Maurittinsstraße Nr. 6, eine bestrenommierte Firma ist, mit der man Geschäfte machen kann? Hier ist das Bestätigungs-Telegramm:“

„Bartrauen offerierten Waggon Guano zum verlangten Preise von 15 Mark den Zentner. — Großtopf und Co.“

„Bedenken Sie, meine Herren.“ fuhr Moritz sich selbst zu erklären fort, „das ist ein Gewinn von Zweifundfünfzig am Zentner!“

Und der Hebergläubige machte einen so gewaltigen Aufsprung, daß ihm fast die Hofenbahn geplagt wäre. Jedenfalls war ein dem ähnliches Geräusch ganz deutlich vernehmbar. Und die ganze würdige G. m. b. H. machte in vorbildlicher Eintracht

Zu einem Programm der offenen Annexionen zum Zweck der militärischen Sicherung hat sich u. a. auch unter Berufung auf Hindenburg und Ludendorff in einer Hamburger Versammlung Graf Westarp bekannt. Gestützt auf diese militärischen Autoritäten verlangte er „volle politische Ausnutzung des erfochtenen Sieges“.

Die militärische Autorität der beiden genannten Herren ist unbestritten. Wenn sie sich eine neue Grenze ausgedacht haben, die in einem künftigen Kriege mit Rußland die deutschen Siegesausichten verbessern würden, so werden sie schon das Richtige getroffen haben, für diese militärische Frage sind sie kompetenter als irgendjemand anderer. Zu überlegen, wie diese beabsichtigte Verringerung politischer Wirken würde, ob sie nicht die unverwundliche Feindschaft der östlichen Nachbarn einbringen und damit unsere ganze Weltstellung verschlechtern würde, ob die angestrebte Grenzsicherung nicht eine eminente Friedensgefahr und una bedeute, das ist die Aufgabe anderer Faktoren.

Wenn Graf Westarp in Hamburg meinte, kein Opfer persönlicher Art auf seiten der politischen Reichsleitung würde zu groß sein, um „diesen beiden Männern“ die weitere Führung unserer Waffen zu ermöglichen, so deutet er damit an, daß ein Mann gehen müsse, damit zwei andere bleiben. Dieser Mann, der bekanntlich Kühmann heißt, ist uns gleichgültig, sein durch Rücktrittsdrohungen anderer erzwingener Sturz würde aber einen Verfassungsumsturz in der Richtung zur Milliardenkassatur und die völlige Preisgabe der bei den Friedensverhandlungen bisher eingeschlagenen Richtlinien bedeuten.

Also: Rücklicher Kurswechsel in der äußeren wie in der inneren Politik mitten im Zug der großen Ereignisse! Auf einen solchen Kurswechsel deutet auch eine Berliner Meldung der „Kölnischen Zeitung“ hin, die besagt:

Im Zusammenhang mit den durch die Unwissenheit der politischen Regierung angeregten Erörterungen dürfte es interessieren, daß nach Andeutungen von gut unterrichteter Seite die sogenannte Österreichisch-polnische Lösung durchaus nicht so aussichtsreich ist, wie gemeinlich angenommen wird. Welchen Einfluß hierbei die wirtschaftlichen Gesichtspunkte haben, möge dahingestellt sein.

Die austro-polnische Lösung wird auch von uns bekämpft. Die Bemerkung der „Kölnischen Zeitung“, daß bei der Anwendung von diesem Plane wirtschaftliche Gesichtspunkte mitbedacht, läßt aber darauf schließen, daß die austro-polnische Lösung zugunsten der nicht minder bekämpften wertvollen russischen aufzugeben werden soll. Diese verlangt offene Annexion, Zerschneidung litauischen und polnischen Gebiets, gewaltsame Anliederung einiger hunderttausend Litauer und zwei Millionen Polen mit dem polnischen Kohlenfeld an Preußen.

So geht der Streit hin und her, und kein Mensch weiß, was morgen sein wird!

## Neue Paroleausgabe bei der Vaterlandspartei.

Die Vaterlandspartei hat am 7. Januar an die Landesvereine einen neuen „Armeebefehl“ herausgegeben, daß eine klare Stellungnahme nun nicht mehr aufgeschoben werden dürfe. Das Rundschreiben setzt auseinander, in welchem Sinne sie erfolgen soll:

„Dann muß allerdings für den gegenwärtigen Augenblick unterschieden werden zwischen Personalfragen und den sachlichen Fragen. In ersterer Beziehung hat die soeben amtlich demenzierte Nachricht eine Möglichkeit aufgezeigt, deren Eintritt die deutsche Vaterlandspartei selbstverständlich als größtes nationales Unglück ansehen müßte. Es stehen aber die Verhältnisse, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, im Augenblicke so, daß Zurückhaltung in bezug auf diesen persönlichen Punkt geboten ist.“

Danach scheint die persönliche Kühmann-Hege — auf Zeit oder dauernd? — fallen gelassen zu sein.

die Berrücktheit, mit alleinigem Anschluß des nicht ganz angeklärten Geräusches, im Spiegel mit.

Fünfehn Mark für den Zentner Guano war aber auch ein Preis, der sich hören lassen konnte. Fünfehn Mark! Dafür war es aber auch ausländischer Guano. Da sinken unsere lieben deutschen Vögel noch dagegen. Leider Gottes! Und sie mögen lange frampeln, bis auch ihr Mist eine so schwindelnde, achtunggebietende Preishöhe erklommen haben wird.

Das Geschäft war also perfekt und der Waggon konnte zu jeder Minute rollen. Das tat er auch einerseits und andererseits tat er es auch wieder nicht. Und zwar aus guten Gründen. Es mochte wohl zu unserer väterlichen noch so Brand gewesen sein, daß man hübsch bedachtig und vorsichtig das Eintreffen der empfangbaren Ware abwartete, sie dann gewissenhaft auf ihre Empfangsbereitschaft prüfte und bestiehl oder dem Absender wieder zur Verfügung stellte, sofern das Handelsgut nicht von der handelsgesetzlichen mittleren Art und Güte war, falls im Vertrag über Güte der Ware nichts Näheres vereinbart gewesen.

Wie umständlich! sagt dazu das Geschlecht von heute. Jetzt im Kriege — heute rot, morgen tot; heute Brot, morgen Not — sind diese Hemmungen kurzerhand über Bord gespült worden. Woju so differenzierter Unterscheidungen wie: la Ware und prima Qualität und Mittelgut und Unterdurchschnittsware und wie die Klassenunterchiedlichen Kaufausdrücke alle lauten mögen. Der Krieg ist nun einmal der große Gleichmacher. Das wissen wir heute alle. Ich kenne keine Qualitäten mehr, sagt sich der Erzeuger, bzw. Verkäufer — nur noch Ware. Ware schlechthin. Ware an sich. Ware überhaupt. Soviel wie nur immer greifbar. Und der gar nicht mehr etepredete Verbraucher sagt sich erst recht so. Schämt der neuen Warengrundlag wohl auch etwas aus. Dann lautet er etwa so: „Her damit — ganz gleich was es ist, wenn nur zum Futter!“

Ueber dieser gottgefälligen Betrachtung ist unser Guano-Waggon (immer einerseits, andererseits) nicht nur längst in Breslau angekommen, sondern rollt schon wieder, schneller als der federichte Chronost ein beschreibende kann, zur schließlichen Güterhalle hinaus — in Richtung Leipzig.

Die Firma Großtopf und Co. hatte nämlich nicht so bald mit der Zentnerburger Lebensmittel-Gesellschaft m. b. H. abgeschlossen, als sich der sehr tüchtige Chef der großtopfischen Firma ohne Zeitverlust an die Telefonstuppe hing und seinem Leipziger Geschäftsfreund Konrad Vinscheber „aus reiner Erkenntlichkeit“ den Guano zu 20 Mark pro Zentner anbot. Wie!

Das Rundschreiben legt dann dar, daß es sachlich anders läge: Lloyd Georges Rede enthalte ein klares Friedensangebot, und deshalb müsse nunmehr die volle Kraft der deutschen Vaterlandspartei gegen den „Eintritt in offizielle oder inoffizielle Verhandlungen mit England“ eingesetzt werden. England wolle Rußland opfern und in bezug auf Elsaß-Lothringen zurückweichen, um nur die englische Weltstellung zu befestigen. Gegen diese Hauptgefahr könne mit Aussicht auf Erfolg angeknüpft werden. Die Verhandlungen im Osten müßten unter selbstverständlicher und unbedingter Sicherstellung unserer militärischen Notwendigkeit so geführt werden, daß wir nicht Englands Geschäfte besorgten; gegen die völlige Freigabe Belgiens und die anderen englischen Forderungen werden Versammlungen, Entschuldigungen und Telegramme anempfohlen, die schlenst nicht der Hauptleitung mitgeteilt werden sollen. Diese selbst hat bereits wiederum an den Reichskanzler und Hindenburg telegraphiert und am Sonnabend eine Sitzung ihres Reichsausschusses abgehalten.

Die Herren von der Vaterlandspartei sind also eifrig am Werke, den Frieden mit England zu verhindern. Wir halten ihre Furcht davor leider für ganz überflüssig; denn Lloyd Georges Reden waren keineswegs ein Friedensangebot, sondern eine Kriegsankündigung. Hingegen stimmen wir der Vaterlandspartei ausnahmsweise darin völlig bei, daß wir uns hüten müssen, bei den Friedensverhandlungen im Osten die Geschäfte der englischen Kriegstreiber zu besorgen. Denen wird am sichersten ein Strich durch die Rechnung gemacht, wenn wir uns ehrlich mit Rußland verständigen und uns ganz freihalten von dem Wunsch, seine Lage auszunutzen.

## Der Sturm in der französischen Kammer.

Wie gestern bereits kurz gemeldet, kam es in der französischen Kammer anlässlich von Interpellationen zu einer kühnen Debatte.

Marcel Cachin setzte nach einem Havasbericht auseinander, warum seine Freunde die Pässe für Petersburg gefordert hätten. Die Männer, die augenblicklich in Rußland die Macht hätten, könnten begriffliche Vorurteile gegen die französische Republik haben, welche die Fenster des Jaren unterstüßt, aber trotzdem noch in ihren Augen die französische Revolution vertrete. Wilson sprach ihrer Aufrichtigkeit festerlich seine Anerkennung aus. Cachin schloß sich der Anerkennung an und hob die tatkräftige Haltung Trotskis hervor. Cachin schloß: Ich hoffe, daß die Regierung die Pässe nach Rußland nicht verweigern wird, um zu erlauben, daß diese Missethäter bestraft werden. Albert Thomas erwiderte die Regierung um eine Erklärung über die Kriegsziele der Alliierten, um Deutschland in die Lage zu versetzen, auf unsere unwandelbaren Bedingungen der Gerechtigkeit zu antworten. Einige leiten der Ansicht, daß es nötig sei, eine Verbesserung der Kriegstare abzumachen. Die Bedingungen seien unabhängig von der Kriegstare. Diese sei günstig genug, um sie ins Auge fassen zu können. Thomas erinnert, daß er, als er in Rußland war, von Elsaß-Lothringen sprach und laut erklärte, daß das französische Elsaß-Lothringen das Wahrzeichen des verletzten Rechtes sei. Thomas bemerkte, daß die demokratischen Ideen in Deutschland Raum gewinnen, und schloß mit einer Aufforderung an die Regierung, die Macht dieser Ideen nicht gering einzuschätzen.

Darauf ergriff der Minister des Aeußern, Pichon, das Wort zu einer längeren Rede. Pichon erklärte unter andern: Die Wiederung der Pässe für Petersburg ist eine grundsätzliche Frage. Man kann es zulassen, und für meinen Teil gestatte ich es gern, daß zwischen den russischen und französischen Sozialisten Beziehungen und Besprechungen angebahnt werden. Ich habe erklärt, daß wir keineswegs Rußland aufgeben, daß wir mit allen Teilen des russischen Volkes in Berührung bleiben und keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Meinungen in diesem Lande machen; aber bei der Frage der Ausstellung von Pässen handelt

das so keine Gewohnheit ist, bemängelte Herr Konrad Vinscheber zwar den Guano — „faule Sache, oberhalb“ und was sein gebildenes Handwörterbuch des Kundenverkehrs an Terminus sonst noch hergeben möchte — sehr ausgiebig, doch zu Unrecht, beeitelte sich aber, als der dickköpfige Chef in Firma Großtopf und Co. anzuhängen drohte, und Vinscheber, vor Mut mit den Hauern flehend, einsehen mußte, daß sich „die Schweinebande, die profitieriger“ nicht mal einen bleiernen Pfennig abhandeln ließ, das Angebot anzunehmen. „Ich verliere daran mehr als — waren noch seine letzten verzweifelten Worte. Dann verhauchte sein Stöhnen im Schalltrichter wie ein gemäßigter Wind.

Herr Konrad Vinscheber dachte aber gar nicht daran, mit Verlust zu arbeiten, sondern offerierte, ehe der Schalltrichter noch recht trocken geworden, den erhandelten Guano brüchig, wie man so zu sagen pflegt, der Mühseligkeit feinstoffhandlung Maximilian Lederle, Hoflieferant Seiner Königlichen Hoheit usw. So unglaublich es klingt, es bleibt wahr: die Mühseligkeit feinstoffhandlung akzeptierte den Guano ohne Feilschen zu 25 Mark den Zentner. Aber nicht der hohe Preis ist das Unglaubliche, vielmehr ist es unerfindlich, was die delikate Lederle'sche Handlung mit dem Guano anfangen würde. Man bekommt ja jetzt allerhand aufs Brot gestrichen — aber Guano! Wenn schon ausländischer — Mist bleibt Mist. Sollte Lederle etwa — entsetzlich! — wo ist der Schlüssel? — den Guano als Kriegsmus in den Handel bringen wollen? Das wäre doch ein zu starker Tabak. Auch als Kompott.

Aber nein. — Maximilian Lederle war Gott sei Dank Hoflieferant genug, kein so ruchloses Kompott-Attentat (Kompott mit zwei i und ohne i) auf den Zwölffingerdarm seiner Mitmenschen zu verüben. Wohl aber hatte er als weißblütender Geschäftsmann das unbestrittene Recht, den Guano, es ihn die fürchterliche Hitze verbarb, an die Straßburger Papietenfabrik von G. Leder und Sohn mit einem dem Kriege angemessenen Preisausschlag von nur fünf Mark auf den Zentner weiter zu verkaufen. Die Papietenbeders ihrerseits fanden es vorzuziehlicher, an eine Verwertung des Guano gar nicht erst heranzutreten, sondern boten ihn zum Vorzugspreis von 3 Mark dem befreundeten Weinhaus J. Rabach sel. Witwe, Frankfurt am Main, an. Die seltsame Witwe befahte sich mit dem Vogelmist aber auch nicht länger, als zur Erzielung eines kleinen Kriegsgewinnes unbedingt nötig war, und verhandelte schließlich den Guano für 40 Mark den Zentner an die weltberühmte Kölner Schokoladenfabrik Felix Seimberg weiter. (Schluß folgt.)

und Bestens zu knüpfen sei. In einem späteren Stadium der Verhandlungen wurde Vershen aus diesem Zusammenhange getrennt, da es nicht ein tragfähiger Teil sei.

Trotsky schlug vor, am Schluss einen Satz einzuschalten: England verpflichtet sich, in möglichst schneller Zeit seine Truppen aus den Gebieten des besetzten neutralen Persien herauszuführen, und fügte hinzu, daß er keinen anderen Grund zu dieser geplanten Änderung habe, als den Wunsch, das freiernde Unrecht zu betonen, das von der früheren russischen Regierung gegenüber einem neutralen Lande begangen wurde.

Hierzu bemerkte Staatssekretär von Kühlmann, er beziehe diese Erklärung umso mehr, als auf Seiten der Zentralmächte für das alte Kulturvolk ferner die allerlebenslangsten Sympathien bestünden, und daß wir nichts mehr wünschten, als daß die Perser in Zukunft frei von Unterdrückung ihre nationale Kultur pflegen könnten.

Es kam sodann die Frage zur Besprechung, in welchem Zeitpunkt die Räumung der besetzten Gebiete zu erfolgen haben werde. Der deutsche Vorschlag ging dahin, die Räumung an einen Zeitpunkt zu knüpfen, in welchem nach dem Friedensschluß England seine Streitkräfte demobilisiert haben werde. Die Räumung der besetzten Gebiete an die erfolgte Demobilisierung der russischen Kräfte zu binden, sei deshalb notwendig, weil die Gefahr vorliegt, daß England, bevor es seine Streitkräfte demobilisiert, infolge der Veränderungen in seinem Regierungssystem und seinen Absichten jederzeit in der Lage wäre, wieder Offensivoperationen durchzuführen.

Trotsky sprach demgegenüber den Wunsch aus, die Räumung der besetzten Gebiete parallel mit dem Verlaufe der beiderseitigen Demobilisierung durchzuführen, worüber nähere Vereinbarungen zu treffen wären.

Nach einem Hinweis v. Kühlmanns darauf, daß nach dem russischen Vorschlage die Räumung der besetzten Gebiete sich bis zum Abschluß des allgemeinen Friedens hinausziehen müsse, wurde die Beratung über diesen Punkt abgeschlossen.

Es gelangte nun die Frage zur Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete sich die Räumung zu erstrecken habe.

Hierzu führte Staatssekretär v. Kühlmann aus: Wie aus der Definition der Räumung hervorgeht, erstreckt sich die Räumung nur auf diejenigen besetzten Gebiete, welche noch Teile des Staatsgebietes derjenigen Mächte sind, mit der die Fricke geschlossen wird. Auf solche Gebiete, welche bei Eintritt des Friedens nicht mehr Teile dieses Staatsgebietes bilden, erstreckt sie sich nicht. Es würde also in eine Unterabteilung eingeteilt sein, ob und welche Teile des ehemaligen russischen Gebietes bei Eintritt des Friedens noch als zum russischen Gebiete gehört betrachtet werden können. Die russische Regierung hat ausdrücklich ihren Grundbesitz für alle in Russland lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer völligen Abwanderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert. Wir bezweifeln, daß in der Ausübung dieses Selbstbestimmungsrechts in einem Teile der von uns besetzten Gebiete die zur Verletzung der betreffenden de facto bestehenden korporativen im Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Abwanderung von Russland herantretend haben, daß nach unserer Auffassung diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen Reiche in keinem etwaigen Umfange gehörig betrachtet werden können.

Hierzu erklärte Trotsky: Wir halten unsere Erklärung in vollem Umfange aufrecht, daß Selbstbestimmungsrecht die das russische Gebiet bezeichnen, ohne anderen Gehalt des Rechts der Selbstbestimmung haben, und zwar bis zur Verwirklichung von Russland. Wir haben jedoch die Anwendung dieses Grundsatzes nicht anders anerkennen, als gegenüber den Völkern selbst und nicht etwa gegenüber gewissen privilegierten Teilen derselben. Wir müssen die Auffassung des Vorsitzenden der russischen Delegation ablehnen, die dahin geht, daß die Völker in den besetzten Gebieten durch tatsächliche bewillmächtigte Organe ausgeübt, denn diese tatsächlichen bewillmächtigten Organe sind nicht bezogen auf die von uns besetzten Gebiete.

Während an diese tatsächlichen Ausführungen anschließend sich eine lebhafte Aussprache in überaus lebhaftem Rahmen schloß, wurde über die Frage, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Rahmen ein neuer Staat im Wege der Abwanderung der Bevölkerung eines getrennten Gebietes von diesem entsteht.

Staatssekretär v. Kühlmann führte den Standpunkt der Mittelmächte in dieser Frage wie folgt an: Unsere Aufgabe ist es, die Räumung der besetzten Gebiete zu ermöglichen und in der Lage zu sein, die Räumung der besetzten Gebiete zu ermöglichen. Wir haben jedoch die Anwendung dieses Grundsatzes nicht anders anerkennen, als gegenüber den Völkern selbst und nicht etwa gegenüber gewissen privilegierten Teilen derselben. Wir müssen die Auffassung des Vorsitzenden der russischen Delegation ablehnen, die dahin geht, daß die Völker in den besetzten Gebieten durch tatsächliche bewillmächtigte Organe ausgeübt, denn diese tatsächlichen bewillmächtigten Organe sind nicht bezogen auf die von uns besetzten Gebiete.

Während an diese tatsächlichen Ausführungen anschließend sich eine lebhafte Aussprache in überaus lebhaftem Rahmen schloß, wurde über die Frage, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Rahmen ein neuer Staat im Wege der Abwanderung der Bevölkerung eines getrennten Gebietes von diesem entsteht.

gehörigkeit sei, große Schritte zum gemeinsamen Ziele gemacht werden könnten.

Herr Hoffe, welcher die damaligen Besprechungen führte, erwähnte hierauf, er habe stets die Notwendigkeit betont, die Volksabstimmung in Abwesenheit der okkupierten Truppen durchzuführen, doch wolle er nicht in Abrede stellen, daß er gesprochen habe, die in einzelnen Teilen Russlands bestehenden Organe könnten für die Begründung der Notwendigkeit der Volksabstimmung allerdings eine gewisse Rolle spielen.

Anschließend hieran bemerkte Trotsky, daß die Willensäußerungen solcher Landtage allerdings große politische Bedeutung besäßen. Er wolle den Teil der Bevölkerung des Landes von der Willensäußerung nicht ausschließen, der auf den Landtagen vertreten sei.

Zusammenfassend stellte v. Kühlmann fest, daß sich aus den Ausführungen Trotskys zu ergeben scheine, er wäre bereit, die in den besetzten Gebieten vorhandenen Organe der Volksvertretung als provisorische Organe anzuerkennen, wenn diese Landesparteien nicht militärisch besetzt wären. Er würde diesen dann auch die Befugnisse zuerkennen, das von ihm geforderte Referendum durchzuführen.

Trotsky erklärte hierauf, daß die Äußerungen von Landtagen, Stadtvertretungen und dergleichen als Äußerungen des Willens eines bestimmten einflussreichen Teiles der Bevölkerung aufgefaßt werden könnten, die aber nur Grund zu der Annahme bildeten, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden sei. Hieraus ergäbe sich die Schlussfolgerung, daß das Referendum eingeholt werden müsse, wozu aber die Schaffung eines Organs die Vorbedingung sei, welches die freie Abstimmung der Bevölkerung garantieren könne.

Im weiteren Verlauf der Besprechungen behauptete Trotsky, daß zwischen den Erklärungen der Zentralmächte vom 25. Dezember und der Formulierung der Punkte 1 und 2 vom 27. Dezember ein Widerspruch bestünde, der aus den Kommentaren der deutschen Presse übrigens deutlich hervorgehe.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte demgegenüber, daß beide Dokumente Ausdrücke desselben Gehaltes und derselben Politik seien, wie sie der Reichskanzler in seiner programmatischen Rede im Reichstage anführte. Diese Rede enthielt im Grunde bereits die Deklaration der Verbündeten vom 25. November und brachte ebenso auch den Hinweis, daß die deutsche Politik ihre Beziehungen zu Polen, Litauen und Ausland unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts zu pflegen beabsichtige. Des Weiteren stellte sich Staatssekretär v. Kühlmann auf den Standpunkt, daß die nach Abwanderung freizusetzenden Teile Russlands nach der Angabe der Willenserklärungen der schon bestehenden Organe jetzt schon bereit seien, Verhandlungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft für gut und nützlich hielten. Sollten sich in diesen Verhandlungen Verhandlungen hinsichtlich der Vornahme von Grenzverstellungen finden, so sei es nicht einleuchtend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebt, wie in anderen.

Trotsky glaubt in dieser Auffassung eine Untergrabung des Grundgedankes der Selbstbestimmung erblicken zu müssen und wirt die Frage auf, warum denn die Organe der russischen Völkerstaaten dann nicht zu den Verhandlungen in Presh-Titowsk eingeladen seien, wenn sie sogar das Recht haben sollten, über Gebietsverträge zu verfügen. In einer solchen Teilnahme der Vertreter dieser Völker an den Verhandlungen werde aber natürlich nicht gedacht, weil eben diese Nationen nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Verhandlung betrachtet würden.

In Zusammenhang mit diese Forderungen wärte v. Kühlmann aus: Der Redner befragte sich darüber, daß wir hier noch keine Vertreter der betroffenen Nationen bei den Verhandlungen haben. Wenn er damit zum Ausdruck bringen wollte, daß auch nach seiner Ansicht diese Volksindividuen nicht mehr wesentlichen Beziehungen ausüben können, so bin ich meinerseits bei tatsächlicher Anerkennung dieser Voraussetzung von Seiten der russischen Delegation gern bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung von Vertretern der fraglichen Nation an anderen Verhandlungen sich ermöglichen lasse.

Graf Czernin äußerte gleichfalls seine Bereitwilligkeit, der Frage der Heranziehung von Vertretern der betroffenen Gebiete näher zu treten; fügte aber hinzu, er wünsche zu wissen, in welcher Weise die Ausmaß dieser Vertreter getroffen werden sollte, wenn russischerseits die in diesen Gebieten bestehenden Vertretungsorgane nicht als berechtigt angesehen würden, im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen.

Trotsky beantragte hierauf mit Rücksicht auf diese letzten in der Verhandlung vom 11. Januar abgegebenen außerordentlich wichtigen Erklärungen der Vertreter der Mittelmächte, die Sitzung zu vertagen, um es der russischen Delegation zu ermöglichen, eine Beratung abzuschließen und sich mit ihrer Regierung ins Benehmen zu setzen.

In der Sitzung vom 12. Januar referierte v. Kühlmann das Ergebnis der vorhergehenden Beratung und bemerkte abschließend: Wir geben der Aufassung Ausdruck, daß die an der Westgrenze des ehemaligen russischen Reiches wohnenden Völkerstaaten in eine für uns maßgebende Weise den Willen, Selbstbestimmung zu sein, kundzugeben haben. Auf die vom Vorsitzenden der russischen Delegation gestellte Anregung hin erklärten wir uns der Gedanken für vollkommen diskutierbar, ob und unter welchen Bedingungen diese neuen Staaten an den Friedensverhandlungen beteiligt werden könnten. Wir sind aber durch die russische Delegation noch nicht darüber aufgeklärt, ob ihrer Ansicht nach diese Staaten aus selbständigen Rechtspersönlichkeiten bereits beständen, wäßen, ob sie, um einen von der russischen Delegation gestellten Anspruch zu wiederholen, als Subjekte an der Diskussion der Selbstbestimmung teilnehmen, oder ob sie bis auf weiteres nur als Objekte der Staatsmacht betrachtet werden sollen. Ich wäre glücklich, wenn von Seiten der russischen Delegation diese Frage in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise beantwortet werden könnte.

Obwohl auf die zur Diskussion stehende Frage einzugehen, bat Trotsky, den Delegierten Kamenoff das Wort zu erteilen: Die russische Delegation gelangte zu der Ueberzeugung, daß es zur Begründung jedes Vorkriegsstandes notwendig wäre, die bis jetzt unbefriedigende gewisse Verhandlungen zu unterziehen: Sie schloß vor, daß beide Seiten in einer kritischen Zusammenkunft ihre während der Diskussion entwickelte Auffassung darlegten.

In Ausführung dieses Vorschlages stellte die russische Delegation fest, sie sei nicht in der Lage, als Ausdruck des Willens der okkupierten Gebiete die Erklärungen anzuerkennen, die von dieser oder jener logischen Gruppe oder Einrichtung gemacht seien, insofern diese Erklärungen nicht dem Regime der jeweiligen Oligarchie entsprächen und von Organen ausgingen, deren Rechte von einer Volksmacht herrühren und die überhaupt ihr Leben in dem Rahmen führen, der den Plänen der militärischen Oligarchen nicht widerspricht. Die Delegation stellte fest, daß während der Okkupation irgendwelche demokratisch gewählten Organe weder gebildet werden konnten noch existieren, die mit irgendwelchen Rechten beauftragt werden könnten, als der Ausdruck des Willens breiter Kreise der Bevölkerung zu gelten. Was das Wesen der Erklärung über das Streben zur vollen staatlichen Unabhängigkeit anbetreffe, so erklärte die russische Delegation:

1. Das der Aufgabe der Jugendlichkeit der besetzten Gebiete nach dem Streben der russischen Regierung nicht die russische Regierung keine Schritte, die irgendwelche staatsrechtliche Veränderung der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik einleiten würden. Die durch Grenzveränderungen herbeigeführten staatsrechtlichen Grenzen, die durch Gewalttaten gegen Völker gebildet wurden, insbesondere gegen die russische Republik, sind zu beseitigen und dem Zusammenbruch entgegenzuführen. Die neuen Grenzen der russischen Republik sind die Grenzen der russischen Republik und der Völker, die ursprünglich ihres Rahmens

bleiben wollen, müssen gebildet werden durch freien Entschluß der entsprechenden Völker.

2. Deswegen besteht für die russische Regierung die Grundaufgabe der jetzt geführten Verhandlung nicht darin, in irgendwelcher Weise das weitere zwangsweise Verbleiben der genannten Gebiete in dem Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit, der Selbstbestimmung der inneren Staatseinrichtung und der internationalen Lage der genannten Gebiete. Nur dann wird sich die russische Republik gesichert fühlen vor dem Sinecristen in irgendwelche territoriale Streitigkeiten und Konflikte, wenn sie überzeugt sein wird, daß die Linie, die sie von ihren Nachbarn trennt, gebildet ist durch den freien Willen der Völker selbst und nicht durch Gewalt von oben, die nur für kurze Zeit diesen Willen unterdrücken könnte.

3. Die so verstandene Aufgabe legt voraus die vorhergehende Verständigung Deutschlands und Österreich-Ungarns von der einen und Russlands von der anderen Seite über die vier Hauptpunkte: In bezug auf den Umfang des Territoriums, dessen Bevölkerung berufen sein wird, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben, in bezug auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, bei welchen die Lösung der Frage von den staatsrechtlichen Gesichtspunkten der entsprechenden Territorien von den Nationen vollzogen werden könnten, in bezug auf das Uebergangsregime, das bis zum Moment der endgültigen staatsrechtlichen Konstituierung dieser Gebiete bestehen soll und in bezug auf Art und Form, worin die Bevölkerung dieser Gebiete ihren Willen kundzugeben haben wird. Die Gesamtheit der Antworten auf diese Fragen bilden die Paragraphen des Friedensvertrages, die den Paragraphen 2 des deutschen Vorschlages vom 28. Dezember 1917 entsprechen sollen. Die russische Delegation schlägt ihrerseits folgende Lösung dieser Frage vor:

„Das Selbstbestimmungsrecht steht den Nationen und nicht ihren Teilen zu, die okkupiert sind, wie es der Paragraph 2 des deutschen Vorschlages vom 1. Dezember vorseht. Dementsprechend gibt die russische Regierung aus eigener Initiative das Recht der gleichzeitigen Selbstbestimmung auch den Teilen der genannten Nationen, die außerhalb der Besetzungslinie leben. Hinsichtlich dieser Gebiete, die diese Gebiete weder direkt noch indirekt zur Annahme dieser oder einer anderen Staatsform zu neigen und ihre Selbstbestimmungsrechte durch keine Zoll- oder Militärkonvention zu beengen, die vor der endgültigen Konstituierung dieser Gebiete auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes dieser Nationen geschlossen wurde. Die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns bestreiten ihrerseits kategorisch das Bestehen irgendwelcher Ansprüche sowohl auf Einverleibung in das Territorium Deutschlands und Österreich-Ungarns der Gebiete des ehemaligen russischen Kaiserreiches, die jetzt von den Heeren Deutschlands und Österreich-Ungarns okkupiert worden sind, wie auf die sogenannten Grenzregionen auf Kosten dieser Gebiete. Gleichzeitigkeit verpflichten sie sich, diese Gebiete nicht, weder direkt noch indirekt, zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu neigen, und ihre Unabhängigkeit nicht durch irgendwelche Zoll- oder Militärkonventionen zu beengen, die geschlossen wurden vor der endgültigen Konstituierung dieser Gebiete auf Grund des politischen Selbstbestimmungsrechtes der sie bevölkernden Nationen. Die Lösung der Frage über die Gebiete der sich selbstbestimmenden Gebiete muß weiter der Verbindung der neuen politischen Freiheit und des Schicksals jedes einzelnen Landes stattfinden. Deshalb soll die Abstimmung nach Rücksichtnahme der fremden Heere und Rückkehr der Flüchtlinge und der von Anfang des Krieges evakuierten Bevölkerung stattfinden. Der Zeitpunkt der Zurückziehung der Heere wird durch eine besondere Kommission bestimmt, entsprechend der Lage der Transportmittel, der Ernährung und anderer Fragen, die im Zusammenhange mit den Bedingungen des noch nicht beendigten Weltkrieges stehen. Schutz der Ordnung und das Recht der im Bereich der Selbstbestimmung sich befindenden Gebiete obliegt den nationalen Heeren und lokalen Milizen. Den Flüchtlingen und den durch die Okkupationsbehörden seit Anfang des Krieges Evakuierten wird volle Freiheit und die materielle Möglichkeit ihrer Rückkehr gegeben.

Art. 3. Vom Moment der Unterzeichnung des Friedens bis zur endgültigen staatsrechtlichen Konstituierung der genannten Gebiete ihre innere Verwaltung, die Leitung der lokalen Anlageneinheiten, Finanzen usw. in die Hände eines temporären Organes über, das durch Präsentation der politischen Parteien, die ihre Lebensfähigkeit inmitten ihres Volkes vor und während des Krieges bewiesen haben, gebildet wird. Die Hauptaufgabe dieser temporären Organe besteht gleichmäßig mit der Aufrechterhaltung des normalen Laufes des gesellschaftlichen und ökonomischen Lebens, auch in der Organisation der Volksbestimmung.

Art. 4. Die endgültige Lösung der Frage von der Staatslage der Gebiete um die es sich handelt, und von der ihrer Staatsstrukturierung wird durch ein allseitiges Referendum erfolgen. Zwecks Beschleunigung der Arbeit in der Friedenskonferenz hält die russische Delegation es für außerordentlich wichtig, von der deutschen und österreich-ungarischen Delegation eine vollkommen erstattete Antwort auf alle die Fragen zu erhalten, die in dieser Erklärung aufgeworfen worden sind. Was andere kleinere Fragen betrifft, so könnten sie durch Verhandlung werden, daß sie im Zusammenhang mit der genauen Antwort auf diese Punkte beantwortet werden.

Hierauf erbat General Hoffmann das Wort und führte aus: Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren. Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande känden und uns Bedingungen diktieren könnten. Wir möchten darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegensteht, das siegreiche deutsche Heer steht in Ihrem Gebiet. Ich möchte dann feststellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker in einer Weise und in einem Umfange fordert, wie es Ihre Regierung im eigenen Lande nicht anwendet. Ihre Regierung ist begründet lediglich auf die Macht, und zwar auf die Macht, die nachstehend mit Gewalt jeden anders Denkenden unterdrückt. Jeder anders Denkende wird einfach als Gegenrevolutionär und Bourgeois vogelfrei erklärt. Ich will diese meine Ansicht nur an zwei Beispielen erklären. In der Nacht zum 31. Dezember wurde der erste weiß-russische Kongress in Minsk, der das Selbstbestimmungsrecht des weiß-russischen Volkes geltend machen sollte, von den Maximilianen durch Bajonett und Maschinengewehre auseinandergejagt. Als die Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht geltend machten, stellte die Petersburger Regierung ein Ultimatum und verbot die Erziehung ihres Willens mit Waffengewalt durchzuführen. So viel aus den hier vorliegenden Tatsachen hervorgeht, ist der Bürgerkrieg noch im Gange. So stellt sich die maximalistische Regierung in der Praxis dar. Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine Einschränkung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen. Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihren Wunsch der Losrennung von Russland bereits klar und unabweisend Ausdruck gegeben. Am 21. Oktober 1917 erbat diese ausländische Landesversammlung, die sich ausdrücklich als Vertreterin der Gesamtbevölkerung Russlands bezeichnete, sich den unabweisendigen Ausdruck gegeben. Am 11. Dezember 1917 proklamierte der litauische Landesrat, der von Litauern des In- und Auslandes als einzig bevollmächtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt ist, den Wunsch der Abtrennung von allen staatsrechtlichen Verbindungen, die bisher mit anderen Völkern bestanden haben. Am 27. Dezember sprach die Stadtverordnetenversammlung in Riga eine ähnliche Bitte an das Deutsche Reich aus. Diefem Antrage haben sich die Rizer Kaufmannschaft, die Große Gilde, die Vertreter der Landesbevölkerung sowie 70 Rigauer Vereine angeschlossen. Schließlich haben im Dezember 1917 auch Vertreter der Ritterschaft der landlichen, städtischen und kirchlichen Gemeinden auf Desej, Darg und Moon in verschiedenen Erklärungen sich von ihren bisherigen Beziehungen losgesagt. Auch aus verwaltungsmäßigen Gründen muß die deutsche Oberste Heeresleitung die Räumung Russlands, Litauens, Rigas und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen. Alle diese Gegenden besitzen keine Verwaltungsgesetze, keine Organe der Rechtsprechung,